

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei.

No. 43.

Leipzig, den 25. September.

1869.

Das Blatt erscheint Mittwoch und Sonnabends. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Blatte einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nimmt entgegen Herr G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Anverstätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filial-Expedition (interimistisch) M. Gendel, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Ebner, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Ducunig, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Vom 1. Oktober an erscheint das „Demokratische Wochenblatt“ unter dem Namen:

Der Volksstaat,

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei,

und sind alle Bestellungen auf der Post unter diesem neuen Namen aufzugeben.

Das Blatt erscheint wie bisher wöchentlich zwei Mal (Mittwoch und Sonnabend) und kostet in allen deutschen Staaten mit Ausnahme Preußens 12 Sgr., in Preußen mit Zuschlag der Stempelsteuer 15 Sgr. pro Quartal.

Kreuzbandsendungen des Blattes kosten innerhalb des deutsch-österreichischen Postvereins 20 Sgr., für die Schweiz 1 Thlr., für England, Frankreich, Belgien, Holland und Amerika 1 Thlr. 7½ Sgr. pro Quartal, und ist der Betrag im Voraus zu bezahlen.

Alle Geldsendungen für das Blatt sind an A. Bebel, Leipzig, zu richten.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Aus Frankreich. — Aus England — Aus Amerika. — Der internationale Arbeiter-Congress. — Gewerkschaftsgenossenschaftliches. — Correspondenzen. — Anzeigen. — Beilage: Bericht des Generalraths der Intern. Arb.-Ass. an den 4. allgem. Arb.-Congress in Basel. — Der internationale Arbeiter-Congress. (Schluß.)

Politische Uebersicht.

Der österreichische Minister des Innern, Herr Giska, hat an die Landtage ein Rundschreiben erlassen, in dem er sie auffordert, sich über die Frage der Wahlreform auszusprechen. Es heißt in dem Circular:

„Bei der Erörterung der einschlägigen Fragen ist es darum zu thun, daß sie nicht durch Schlagwörter oder allgemeine Sätze erledigt werden, sondern daß sie im Einzelnen erwogen und die Details in ihrer Tragweite bei den betreffenden Beschlüssen im Auge behalten werden. Sie lassen sich im Nachstehenden formuliren: 1) Ist die Einführung directer (unmittelbarer) Wahlen der Reichsraths-Abgeordneten im Interesse der Verfassung gelegen? 2) Im bejahenden Falle, soll an die Stelle der Entsendung der verfassungsmäßigen Zahl von Landtagsmitgliedern in das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes die directe Wahl von Abgeordneten durch die Bevölkerung treten? 3) Sollen diese directen Wahlen durch die Bevölkerung überhaupt oder nach den einzelnen Gebieten, Städten und Körperschaften, wie dieselben im Anhang zur Landesordnung festgestellt sind, plangreifen? 4) Wird die Vermehrung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes über die dermal verfassungsmäßige Zahl von 203 als nothwendig oder doch als zweckmäßig und wünschenswerth erkannt? 5) Im bejahenden Falle, soll die Zahl der Reichsraths-Abgeordneten verdoppelt, um die Hälfte oder in welchem Maße sonst vermehrt werden? 6) In welcher Weise soll, wenn sich nicht für directe Wahlen ausgesprochen wird, der Zuwachs an Abgeordneten in den Reichsrath aufgebracht werden? Aus der Mitte des Landtages überhaupt oder mit Feststellung der Gruppen-

namentlich außer dem Falle der Verdoppelung, in jenen Gruppen, aus deren Landtagsmitgliedern nur Ein Abgeordneter oder sonst eine ungerade Zahl in den Reichsrath zu wählen ist? 7. Welche Funktionsdauer ist für die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten des Reichsrathes festzusetzen?“

Aus dieser Fragestellung erhellt, daß der Herr Bürgerminister wohl an direkte Wahlen denkt, aber nicht an allgemeine. Und daß das directe Wahlrecht, wenn es nicht ein allgemeines (und gleiches) ist, absolut keinen Werth hat, das wissen wir in Sachsen aus Erfahrung.

Im galizischen Landtag erklärte sich Smolka, Führer der partikularistisch-polnischen Partei, wieder für Nichtbescheidung des Reichsrathes. Er beantwortete die Vertheilung Oesterreichs, oder, wie er das euphemistisch (beschönigend) ausdrückte: „eine föderative Organisation in 4 Gruppen 1) die Stephanskrone (Ungarn mit Anhängseln); 2) die Wenzelskrone (Böhmen und Mähren); 3) die Deutschen Erblande und 4) Galizien mit der Bukowina. Hr. Smolka, der neulich in Berlin war, scheint nicht einsehen zu können, daß die Wiederherstellung Polens, die er anzustreben behauptet, nur mit Hilfe Deutschlands möglich ist, und daß die Schwächung Deutsch-Oesterreichs der schlechteste Weg ist, um diese Hilfe zu erlangen.

Die ganze österreichische Armee, die transleithanische sowohl wie die zisleithanische, wird jetzt auf das Staatsoberhaupt und die sanktionirten Gesetze des Landes vereidigt. Es ist das ein Triumph der „liberalen Prinzipien“, der allerdings mehr theoretische als praktische Bedeutung hat; denn erstens ist ein politischer Eid der Regel nach nur da, um gebrochen zu werden, und zweitens liegt es im Wesen des Militarismus, daß der Soldat gewöhnt wird, einer Person blind zu gehorchen und abstrakte Rechtsbegriffe zu verachten. Wenn es daher zu einem Conflict zwischen Herrscher und Verfassung („den sanktionirten Gesetzen des Landes“) kommt, d. h. wenn der Herrscher die Verfassung bricht, wird das stehende Heer bei doppelter Vereidigung sich unfehlbar auf Seite des Herrschers gegen die Verfassung stellen. Man lese nur die Geschichte der Jahre 1849—1851. Bloß Eine Ausnahme ist uns bekannt

das Vorgehen der badiſchen Truppen im Frühjahr 1849. Wie fürchtbar der ſiegreiche Abſolutismus ſie dieſe Verfaſſungſtrene hat entgelten laſſen, das zeigt die jüngſt von uns veröffentlichte Standrechts-Statistik.

Der ſozialdemokratiſche Arbeiterverein in Wiener Neußtadt iſt „als ſtaatsgefährlich“ polizeilich aufgelöſt worden. Die Sache ſchwebt nun vor dem Miniſterium, deſſen Entſcheid wir mit Spannung erwarten.

Trotz der großen Anſtrengungen der Czechiſchen Partei, bei den jeztigen Erſagwahlen an Stelle der ausgetretenen Landtagsmitglieder neue Parteigenoſſen durchzubringen, die ebenfalls wieder austreten würden, ſcheint das Spiel dieſesmal nicht gelingen zu wollen, weil die czechiſchen Bauern und Arbeiter mehr und mehr dahinter kommen, daß dieſe Partei bloß aus kleinlichſtem Partikularismus handelt, und weder die freiheitlichen noch die materiellen Intereſſen des Volks im Auge hat.

In Baden-Baden ſpeiſte Veuß dieſer Tage mit der Königin Auguſte von Preußen — ſie ſprachen über eine preußiſch-öſterreichiſche Allianz, haben die dienſtthuenden Kellner den Neuigkeitsfabrikanten mitgetheilt. Auch Dalwigk, der kleine heſſiſche Rebell, hatte dort mit Veuß eine Unterredung — und bei der Gelegenheit war wohl ſchwerlich von einer preußiſch-öſterreichiſchen Allianz die Rede. Aus Baden-Baden verſchwand der vielreiſende Staatskanzler plötzlich, um in Straßburg wieder aufzutauſchen, wo er mit Metternich, dem öſterreichiſchen Geſandten am franzöſiſchen Hof, zuſammentraf; dann verſchwand er abermals, und ſtatt, wie alle Welt vermuthete, in St. Cloud aufzutauſchen, iſt er ſoeben in Lauſanne wieder ans Tageslicht gekommen, und ſoll ſich an der letzten Sitzung des Friedens- und Freiheitskongreſſes vergnügt haben. Zwiſchen ſeinem Untertauchen in Straßburg und ſeinem Auftauchen in Lauſanne liegt genau die zu einem Abſtecher nach St. Cloud nöthige Zeit — wird von boſhaften Leuten ausgerechnet.

Im Staate der Intelligenz iſt eine neue Religion erſunden worden, was hüßlich paßt zu den pilzartig aus der Erde hervorschießenden Kirchen und Klöſtern. Der Erfinder heißt Manteuffel, und die Religion: „unbedingter Gehorſam gegen des Königs Befehle und freundlicher Wille, für den Sieg unſerer (der Preußiſchen) Fahnen das Herzblut einzufuſen.“ Verkündigt ward die neue Religion von dem Siebenfüßigen bei Gelegenheit eines militäriſchen Pöhalitätsſchmauſes in Königsberg. Nach dieſer Verhimmelung des Militarismus wird hoffentlich ein intelligenzſtaatliches Polizeigenie nun auch die Stieberei zur Religion machen; ſie iſt der Ehre nicht minder würdig, und was dem Einen recht, iſt dem Andern billig.

Der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ ſchreibt man von Berlin: „Die Unzufriedenheit in den neuen Provinzen ſcheint wie eine ansteckende Krankheit auch die alten anzustecken. Wenigstens nimmt die Ausreiserei unter den Militärpflichtigen ſelbſt im Herzen der Monarchie in faſt bedenklicher Weiſe überhand. In einzelnen Kreisgerichtsprängeln erreicht ſie eine Höhe von nahezu 1000 Köpfen, und den beiden Steckbriefsliſten, welche das hieſige Stadtgericht kürzlich veröffentlicht hat, folgt heute ſchon eine dritte Liſte von 115 jungen Leuten, die ſich der Militärpflicht durch die Flucht entzogen haben.“ Hilft nichts — Amerika muß annektirt werden.

Wir erwähnten bei einer früheren Gelegenheit des wahrhaft graueneregenden Ueberhandnehmens der Selbſtmorde unter den Sächſiſchen Soldaten. Ein nationalliberales Blatt, die „Magdeburger Zeitung“, will hieraus poliſtiſches Kapital für den Annerionismus machen. Sie behauptet nämlich, brutale Behandlung Seitens der Offiziere, beſonders der ehemaligen Hannoverſchen, trage die Schuld. Wären die Sächſiſchen Truppen von Preußiſchen Offizieren befehligt — auf dieſen Schluß wird der Leſer mit der Naſe geſtoßen —, ſo wäre es anders. Das Magdeburger Blatt hätte wohl gethan, ſich des nützlichen Sprichworts zu erinnern: Spiele nie mit Schießgewehr. Es hat da einen Schuß abgefeuert, der zwar trifft, aber nicht, wen er treffen ſollte. Gewiß, die

ſchlechte Behandlung der Sächſiſchen Soldaten iſt Schuld an den vielen Selbſtmorden: allein ebenſo gewiß iſt, daß dieſe Selbſtmordepidemie erſt mit der Einführung des Preußiſchen Militärreglements begonnen hat. Wen trifft alſo der Schuß? Wir dächten aber, die Ehre der Sächſiſchen Offiziere erheiſchte, daß ſie hervorträten und die Quelle des Uebels rückhaltlos aufdeckten.

Auf der Mainlinie wird jezt eine höchſt ergögliche Szene der Tragikomödie: Deutſche Einheit von 1866 aufgeführt: die Preußiſche Polizei weiſt die jungen Frankfurter, welche das Schweizer Bürgerrecht erworben haben, aus Frankfurt aus, und die Heſſiſche Polizei weiſt ſie nach Frankfurt ein. Fragt ſich, welche von beiden Polizeien zuerſt müde wird.

Das Empire iſt eine Krankenſtute; Frankreich dagegen der Tummelplatz jugendkräftigen, gewaltig aufſtrebenden Lebens. Wahrhaft herzerquickend iſt die kühne Sprache der republikaniſchen Preſſe; und merkwürdig, ſelbſt unter den Gewürzkrämern ſoll es Keinen mehr geben, der noch vor dem Rothem Geſpenſt zitterte, trotz des Baſeler Congreſſes. Freilich, es ſind leiſtſinnige Bürſchen, dieſe Franzoſen, ſie ſind unſähig, die Tragweite der internationalen Beſchlüſſe über das Grundeigentum zu berechnen. Das können nur wir, das Volk der Denker, und zum Beweis dafür laſſen wir uns hüßlich in's Voßshorn treiben, und zetern über Communismus — nach den Noten des Berliner Preßbureau's.

Fürſt Karl von Rumänien hat ſich auf Reiſen begeben, um, ähnlich wie weiland der Bizekönig von Egypten, Bundesgenoſſen gegen die Pforte zu werben, von der er ſich gern losreißen möchte. Jezt iſt er in Berlin, wo man ihm die Rolle anweiſen wird, die er im Fall eines Kriegs zwiſchen Preußen und Oeſterreich zu ſpielen hat.

Daß er dort im Punkt der Finanzen nichts zu lernen braucht, erhellt aus folgenden Ziffern: Das Deſizit des Verwaltungsjahrs 1868 beläuft ſich für Rumänien annäherungsweise auf 27,600,000 Franken, jenes für das laufende Verwaltungsjahr 1869 wahrſcheinlich auf 15,041,071 Fr. Man befindet ſich alſo Angeſichts einer ſchwebenden Staatſchuld von etwa 42,600,000 Fr., die der Finanzminiſter theils mit einer Nationalanleihe von 15 Millionen, theils mit dem Ergebuſſe des weiter fortzuſehenden Verkaufs der Staatsdomänen im Geſammtwerthe von 27,777,777 Fr. decken will.

Der Kirgiſenaufſtand dauert fort, und die Ruſſen geben ſchon zu, daß er vor Winter ſchwerlich wird unterdrückt werden können. Im Winter, ſo hoffen ſie, würden die Rebellen aus Hunger zu Kreuz kriechen müſſen. Wir wollen's abwarten.

Auch die Braſilianer melden jezt das unmittelbar bevorſtehende Ende des Kriegs mit Paraguay. Natürlich haben ſie einen „glänzenden Sieg“ erſpöckten — auf dem Papier —, welcher ſie der Nothwendigkeit weiterer Feindſeligkeiten überhebt. Der Rückzug kann jezt „in Ehren“ bewerkſtelligt werden.

Aus Frankreich.

Paris, 18. Septbr.

H. Der Kaiſer und die kaiſerliche Staatsverfaſſung theilen daſſelbe Schickſal: beide verſaulen bei lebendigem Leibe. Während Paris und die Provinz, Stadt und Land, Civil und Militär, Bourgeois und Arbeiter — ich ſpreche natürlich von Denen, die ſich überhaupt für öffentliche Dinge intereſſiren und Partei nehmen — einig ſind, die demokratiſche Freiheit wieder aufzubauen auf den Trümmern einer ſeit Jahren ſchon absterbenden kaiſerlichen Diktatur, geht dieſe ihrer allſeitigen Auflöſung entgegen. Man ſieht auf Tag und Stunde das Ende voraus und bereitet ſich vor, die Erbschaft anzutreten. Und das Alles geſchieht öffentlich; es herrſcht faktiſch, in Folge der Ohnmacht des einſt ſo mächtigen Empire's, eine faſt unbeſchränkte Preßfreiheit. Man hatte alles verſucht, die Preſſe durch Anwendung der drakonischen Preßgeſetze einzuschüchtern, und als man merkte, daß die ſteigende Fluth der öffentlichen Meinungsäſſer

Dämme spottete, gab man die Sisyphusarbeit auf. Seit der Amnestie haben keine Preserverfolgungen mehr stattgefunden, und die Presse ist von diesem Augenblicke an sofort von der Defensiv- zur Offensiv- übergegangen.

In den Regierungsregionen bilden sich Parteien; eine Regenschattspartei für die Kaiserin, die die letzte Stunde des todkranken Herodes abwartet, um, wie man sich hier ausdrückt, „zu Pferde zu steigen“ und das Staatsstreichsregiment zu Gunsten ihres Jungen von Neuem herzustellen. Mit ihr geht ein Theil des provisorischen Ministeriums — alles ist heute provisorisch — und Forcade de la Roquette an der Spitze. Dieser Partei steht einerseits jene des rothen Prinzen, andererseits der relativ-liberale Finanzminister Magne mit einigen seiner Collegen gegenüber.

Die Ersteren wollen die wilde, während der Prüfung ihrer Vollmachten nach Hause geschickte Kammer zu Hause lassen; die Anderen wollen sie wieder einberufen. Der Kaiser selbst ist zu sehr von seiner eigenen Krankheit in Anspruch genommen, um sich mit dem ebenso frankten Staatskörper zu beschäftigen; er sehnt sich nach Ruhe und möchte mit aller Welt in Frieden leben, wo möglich bis zum 16. März 1870, wo der Junge vierzehn Jahr alt wird und großjährig erklärt werden soll. Aber einer seiner ehemaligen Aerzte, der seine Krankheit genau kennt und sie mit vieler Sachkenntniß, wie es scheint, — denn er ist von keiner Seite widerlegt worden, — in fünf langen Spalten des „Reveil“ ausführlich beschrieben hat, gibt ihm keine drei Monate mehr. Diese gelehrte ärztliche Consultation machte ungemeines Aufsehen; sie wurde von vielen Journalen abgedruckt. Der „Reveil“ selbst legte sie vor einigen Tagen zum zweiten Mal auf, und wird noch einen Separatabdruck desselben machen. Sie schließt mit den Worten: „Frankreich muß sich also darauf gefaßt machen, nächstens ein De Profundis Grablied absingen zu hören, dem ein Te Deum folgen wird, es sei denn, daß . . .“

Daher die Parteien und Intriguen am Hofe; daher auch die Vorbereitungen der radicalen Demokratie.

Unter diesen Vorbereitungen verstehe ich nicht bloß solche, die geeignet sind, der zu Pferde steigenden spanischen Reiterin das Handwerk zu legen, — mit der Kouffe (Rothhaarigen) wird man ebenso leicht fertig werden, wie mit dem rothen Prinzen, da beide keinen Anhang in dem überhaupt schon längst unzuverlässigen Heere haben, welches die radicalen Journale liebt und die Marcellaise singt, — sondern vor Allem solche, welche durch ökonomische Studien, halb im sozialistischen, halb im Sinne der radicalen Bourgeoisie, der Arbeits- und Geschäftstodung nach der politischen Katastrophe vorbeugen und eine soziale Krisis vermeiden sollen. Ich werde hierüber in meinem nächsten Briefe Näheres mittheilen. Für heute nur so viel, daß die ganze Presse bis zur Stunde sich noch kümmer mit dem Baseler Congresse beschäftigt, ohne jedoch in die alte, kindische Furcht vor dem „rothen Gespenst“ zu verfallen. Das geht so weit, daß heute ein wöchentlich erscheinendes Finanzblatt, das „Journal des Actionnaires“ einen ausführlichen Bericht über den Baseler Congreß von einem seiner Sekretäre bringt, der aus seinen sozialistischen oder kollektivistischen Tendenzen kein Hehl macht. Liberale und radicale Bourgeoisblätter, nachdem sie während der Dauer des Congresses täglich ihre Spalten den Berichten aus Basel gewidmet haben, bringen jetzt eine Reihe von Leitartikeln über denselben Arbeitercongreß, und sie sind im Ganzen weniger feindselig als voll weiser Rathschläge, sowohl für die Bourgeoisie wie für die Arbeiter.

Verflohenen Mittwoch Abend gaben die hiesigen Arbeiter im Locale einer prosperirenden kooperativgesellschaft ihren von Basel heimgekehrten Delegirten ein frugales, brüderliches Bankett, an welchem die meisten Londoner Delegirten, die sich hier auf der Durchreise befanden, so wie Jung und einige andere deutsche Freunde Theil nahmen. Es wurde Bericht über die Congreßverhandlungen abgestattet und noch ein wenig diskutirt. Chemale ergötzte die Genossen mit seinem ebenso jovialen, wie

unerschöpflichen Redestruß. Man trennte sich in der fröhlichsten Stimmung.

Aus England.

London, den 20. Septbr.

Mehrere französische Tagesblätter brüsten sich damit, daß die französischen Delegirten auf dem internationalen Arbeiterkongreß die Rechte der individuellen Freiheit befürwortet und nicht für die Aufhebung des Privateigenthums in Grund und Boden gestimmt haben. Die „Times“ hofft annehmen zu können, daß die sechs Delegirten, die gegen die Aufhebung stimmten, die 6 englischen Delegirten waren. Die 4 Londoner Delegirten, deren Reden in den Berichten der „Times“ angeführt sind, sprachen jedoch alle für die Aufhebung. Sie sagt: „Es ist kaum eine Sache der Beglückwünschung für unsern Nationalstolz, daß es in unserer Macht steht zu sagen: Alles was in jener Versammlung Vernünftiges gesprochen ward, ist von englischen Stimmen geäußert worden. Wir wundern uns nur, daß englische Arbeiter überhaupt etwas Gutes erwarten von diesen jährlichen internationalen Zusammenkünften entweder für sich oder ihre continentalen Genossen.“ Was Applegarth nach ihrer Meinung übersieht, ist, daß es auf diesen Kongressen ein eben so großes Babel von Ideen als von Sprachen gibt. Was man in England durch einfache Kombination (Coalition) erwirken könne, müsse auf dem Continent Werk der Verschwörung sein. Sie schimpft nicht wie einige deutsche und französische Blätter, sie fragt nur in einem verzeifelnden Tone, welche Gemeinschaft der Interessen und Ideen können Applegarth und seine Kollegen mit Leuten haben, denen die Schweizer Republik nicht demokratisch genug ist, und die sie sich durch eine Revolution der Staatsgewalt bemächtigen wollen, um das individuelle Eigenthumsrecht durch das soziale Eigenthum zu verdrängen. Daß der Birminghamer Arbeiterkongreß erst vor drei Wochen beschlossen hat, es sei zeitgemäß das Land in Nationaleigenthum zu verwandeln, scheint die Times schon wieder vergessen zu haben.

Stuart Mill und Jakob Bright (Bruder von John Bright) haben eine Liga gegen das große Grundeigenthum gegründet, sind aber außerordentlich bescheiden in ihren Ansprüchen. Nach heutigem Brauch ist der älteste Sohn Erbe des Grundeigenthums; sie fordern, daß das Recht der Erstgeburt abgeschafft werden soll und daß, wo nicht durch testamentarische Verfügungen andere Bestimmungen getroffen worden, die Grundstücke nach dem Tode des Eigenthümers gleichmäßig unter alle seine Kinder vertheilt werden sollen. Ferner sollen einige Hindernisse, die heute den Verkauf von Grundeigenthum erschweren, beseitigt werden, und, wo wüthliegende Gemeinde-Ländereien, deren Einzäunung die Einwilligung des Parlaments erfordern, in Kultur genommen werden sollen, soll den betreffenden Gemeinden „ein Interesse“ in dem Grund und Boden gesichert werden. Auf welche Weise dies bewerkstelligt werden soll, haben die großen Staatskünstler noch nicht verkündet. Um radikal zu sein, sollten sie wenigstens als Forderung aufstellen, fast alle Ansprüche des Adels, die noch übrigen Gemeinde-Ländereien in Privateigenthum zu verwandeln, und die testamentarische Verfügung über tausende von Aekern ein für alle Mal aufzuheben sind. Stuart Mill's Welterlösungspflänchen ist b kanntlich, so oft Gemeinde-Ländereien eingezäunt (in Privateigenthum verwandelt) werden, soll ein gewisser Theil reservirt und in kleine Parzellen getheilt werden, um eine Klasse von Zwittergeschöpfen zu schaffen, die weder Bauern noch Lohnarbeiter, sondern beides zugleich sind. Statt die Geburt ihres Bundes unter dem hochtrabenden Titel: „Frei-Land Liga“ anzuzeigen, wäre es jedenfalls logischer und wahrheitsstreuer gewesen, den Wechselbalg unter dem Namen Politisch-Ökonomische Kesselflicker-Bande in die Welt zu schicken.

Eine andere Liga — die Erziehungs-Liga — die kürzlich ebenfalls von radikalen Bürgern gestiftet worden, ist dagegen

nicht allein zeitgemäß sondern verdient auch von den Arbeitern unterstützt zu werden. An der Spitze dieser Liga steht Dixon, eines der Parlamentsmitglieder für Birmingham. Ihre Forderungen sind: 1. Die Lokalbehörden sollen gesetzlich gezwungen werden für hinreichenden Schulraum für die Kinder der respektiven Lokalitäten zu sorgen. 2. Die Kosten sollen durch Lokalsteuern und Zuschüsse aus der Staatskasse gedeckt werden. 3. Alle Schulen, die durch Lokalsteuern erhalten werden, sollen von den Lokalbehörden verwaltet werden, aber unter der Aufsicht von Regierungsinspektoren stehen. 4. Der Schulunterricht soll von jeder religiösen Glaubenslehre getrennt sein. 5. In allen Schulen, die durch Steuern erhalten werden, muß der Unterricht unentgeltlich sein. 6. Schulzwang für Alle, die nicht nachweisen können, daß sie anderweitig eine gute Erziehung genießen. Ein Jahre langer Kampf ist geführt worden, um auf diesem Standpunkte anzukommen. Früher weigerten sich Alle, die nicht zur Staatskirche gehörten, den Staat mit der Erziehung zu beauftragen, weil man die Versuche der verschiedenen Regierungen so auslegte, als seien es einfache Versuche der Proselytenmacherei. Der Streit ward nur zwischen der staatskirchlichen Aristokratie und der außerhalb der Staatskirche stehenden Bourgeoisie geführt; die Arbeiter, die sich größten Theils weder für die eine noch die andere Glaubensformel interessirten, hatten nichts zu sagen. Heute haben sie etwas zu sagen und behaupten, daß es die Pflicht des Staats ist, dafür zu sorgen, daß jedes Kind Schulunterricht erhält, und daß die Religion eine reine Privatsache ist.

Eine dritte Liga ist die Arbeiter-Liga, deren Hauptzweck ist, Arbeiter ins Parlament zu wählen. Noch schmeicheln sich Viele mit der Hoffnung, daß ihnen die radicale Bourgeoisie behülflich sein wird, Arbeiter-Vertreter ins Parlament zu schicken, die Erfahrung wird sie bald eines bessern belehren. Arbeiter werden ins Parlament kommen, wenn sie Forderungen stellen, die Bright und seine bürgerlichen Anhänger nicht gutheißen können, und dieses wird nicht lange auf sich warten lassen.

Die Aussperrung (Lockout) der Kohlengräber in South-Yorkshire, die über sechs Monate gedauert hat, ist vorüber; die Kompagnie hat nachgeben müssen. Die Zimmerleute von Blackburn stehen schon seit sechs Wochen aus, sie wollen ihre Arbeitszeit von 54 Stunden die Woche auf 49 Stunden herabgesetzt haben. Die Londoner Zimmerleute und andere Geschäfte haben versprochen sie zu unterstützen.

Die Eisenbahnarbeiter von England, Wales und Schottland sind eingeladen Delegirte zu einem Kongress zu schicken, der sich am 4. Oktober versammeln soll, um die Trümmer der vor einiger Zeit zusammengebrochenen Association zu reorganisiren. Eine der Fragen ist: Anschluß an die Internationale Arbeiter-Association.

Aus Amerika.

(Einem Privatbriefe an einen untrer Parteigenossen entnommen.)
New-York, den 7. September.

Die Flugblätter habe ich erhalten, und wenn ich Ihnen nun meine Meinung über die Revolution, die sich wirklich überraschend schnell vollzogen hat, sagen soll, so sei es durch die Versicherung, daß ich sowie alle meine Bekannten, die mit den deutschen Parteiverhältnissen bekannt sind, wahrhaft erfreut, ja begeistert sind bei dem Gedanken, daß endlich die deutschen Brüder sich von dem Despotenjoch, den drückenden Fesseln der Orthodoxie und Autorität befreit, emporgerungen haben aus der schmachlichsten Knechtschaft zur Freiheit der Selbstbestimmung. Geschwunden ist der unglückselige, grundübelhafte Vertrauenswahn. Durch einen Wust von Deuteleien und Verdrehungen drangt Ihr zur Wahrheit vor, tratet der Schlange den Kopf entzwei und zeigtet, daß auch die größte Schlaubeit und Heuchelei entlarvt wird, daß das Volk mannbar ist und sich selbst bestimmen kann. Mag die Schlange sich noch winden und durch die krampfhaften Zuckungen ihres Leibes den Unwissenden weiß machen wollen, sie sei noch die alte, unnahbare — der Verständige wird wissen, daß mit Vernichtung der Gift-

zähne (der Unfehlbarkeit) ihr der Todesstoß versetzt worden ist. Nicht lange wird es daher dauern, daß der Hader schwindet, die Zwietracht aufhört, die Spaltung sich zur vollkommenen, starken, thatkräftigen Einheit verwandelt, denn — die verkörperte Lüge und Scheinheiligkeit ist ja getödtet, für immer in ihr schwarzes Nichts zurückgeschleudert.

In der Geschichte der Arbeiterbewegung wird der Eisenacher Congreß mit goldenen Lettern verzeichnet stehen. Denn durch ihn ist die deutsche Arbeiterpartei endlich geworden, was sie zwar immer zu sein vorgab, nämlich demokratisch. Nur wenn man schon innerhalb der Partei die Grundsätze, mit welchen man den Staat revolutioniren will, unverfälscht zur Geltung bringt, ist es denkbar, daß die Führer ehrlich und die große Masse der Arbeiter fähig sind, am Tage der Entscheidung sich des Staatsrunders zu bemächtigen und endlich den Rechten der Arbeit die Herrschaft zu behaupten.

Der Eisenacher Congreß ist endlich aber noch von der weittragenden Bedeutung gewesen dadurch, daß er die deutsche Arbeiterpartei auf's Engste an die Grundsätze und das Wesen der Internationalen Arbeiter-Association angelehnt hat. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Leidensgenossen aller übrigen Kulturländer wird den deutschen Arbeitern einen idealen Impuls und ein erhöhtes Selbstbewußtsein verleihen. Im Augenblick, wo auf dem Congreß zu Basel der Vertreter der deutschen Arbeiter dem Sendboten der National-Labour-Union die Hand reichen wird zur Verbrüderung der deutschen und amerikanischen Arbeiter, wird die Sonne der Zukunft in voller Glorie leuchten. Denn mit ehernem Gewicht drücken die Gesetze alle Arbeiter auf dasselbe Niveau herab. Aber mit derselben Energie wird man sich organisiren und der internationalen Macht des Kapitals die internationale Macht der Proletariatsvereinigung entgegensetzen.

Diese Verbindung wird bedeutungsvoller für die Cultur der Menschheit sein, als das Werk der Legung des elektrischen Kabels durch den Ozean.

Der jüngst zu Philadelphia stattgefundene Congreß der National-Labour-Union hat, wie Sie wahrscheinlich schon in der „Arbeiter-Union“ gelesen haben werden, höchst bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt, welche bei unsern Parteiverhältnissen viel Aufsehen erregen, trotzdem die Arbeiterpartei keine besondere Vertretung im Congreß hat. Es ist höchst wahrscheinlich, daß diese Beschlüsse in der nächsten Congresssitzung eine Gährung und Zersetzung der Parteien hervorrufen werden. Am schlechtesten werden dabei die Republikaner wegkommen; denn ihre Partei ist vernichtet, sobald das neue Geldsystem des Senators Kellogg, welcher das Hartgeld verurtheilt als den Krebschaden unserer socialen Mißstände und an Stelle desselben ein nationales Papiergeld gesetzt wissen will, Aussicht auf Verwirklichung hat. Nun fragt es sich zwar immer noch, ob die republikanische Partei mit Grant den letzten Präsidenten durchgebracht hat. Allein die Politik seines Finanzsecretärs, welche das Land mit Steuern überlastet und auf alle mögliche Weise das Geld des Landes nach Washington zu ziehen sucht, um es von dort mit vollen Händen und vollständig systemlos an die Bondsinhaber auszuthemen, nur um der Caprice willen, die Vereinigten-Staaten-Schuld Hals über Kopf zu decken, mag darüber das Land seufzen, mögen alle Geschäfte brach liegen und die empfindlichste Arbeitslosigkeit herrschen — diese Politik, die Bummelrei des „Kostampräsidenten“ selbst, dem das Herumvagabundiren im Lande besser gefällt als die Cabinetssitzungen, und der sich über den Tod einer Bestie seines Marstalls mehr Sorgen macht als über die wichtigsten Staatsgeschäfte, seine entschiedene Mißbilligung der Arbeiterbewegung (wie von einem Busenfreunde des „großen“ Stewart nicht anders zu erwarten) und die Erfolglosigkeit in der auswärtigen Politik bringen die republikanische mäßigkeitleilige Beamtenherrschaft so ziemlich dahin, wo sie hingehört, nämlich zum Teufel. Und die vielleicht noch um einige Grade elendere Partei der Herren Demokraten beutet dies natürlich auf ächt satanische Weise aus und benutzet die Zwischenzeit eifrig um einen Gouverneur nach dem

anderen durchzubringen, wobei sie selbstverständlich mit den Arbeitern kokettiert und sie heuchlerischerweise glauben zu machen sucht, sie hätte die hauptsächlichsten Planken der Arbeitsplatzenform angenommen. Dadurch, daß die Arbeiter an vielen Orten glauben, die Partei werde wenigstens einige ihrer Versprechungen halten, werden wahrscheinlich manche Legislaturen bald ein anderes Aussehen bekommen. Sind die Herren Kuli-Importeure aber nur einigermaßen wieder an der Herrschaft, so werden die Arbeiter sehen, daß ein Kaiser so schlecht ist als der andere. Und so kann es kommen, daß bis zur nächsten Präsidentenwahl die Parteien so zerstückt sein werden, daß wenn nicht ein Arbeiter, so doch auch weder ein Republikaner, noch ein Demokrat in das Weiße Haus zu Washington das nächste Mal einziehen wird. Wie der Nachfolger Grant's beschaffen sein wird, ich glaube, das kann selbst der gewiegteste Politiker in den Vereinigten Staaten jetzt noch nicht vorhersehen. Möglich, daß es ein Mann von dem Schlage des Herrn Spreague auf Rhode Island sein wird, welcher sich im Senate der arbeitenden Klasse bis jetzt noch am meisten angenommen hat.

Die 100jährige Geburtsfeier unseres großen Landsmanns Humboldt wird in Amerika allerorten großartig ausfallen. Ein möglichst pompöser Festzug von mehreren Stunden ist dabei natürlich die Hauptsache. Hier in New-York hat eine Clique „angesehener“ Männer den Arbeitern die Theilnahme am Tagesfestzuge verleidet. Die Herren Sängler haben aber ein menschlich Kühn gefühlt und den Beschluß gefaßt, den Arbeitern die Theilnahme am Feste durch Veranstaltung eines „imposanten“ Fackelzuges nach des Tages Fest und Mäßen zu ermöglichen. Die Erwählung von Delegationen und Arrangements-Comitees und die Bewilligung oder Zahlung der Fackelkosten verdrängt daher jetzt jede andere Frage aus den Gewerksvereinen. Nun, der Mensch will ja auch einmal eine Abwechslung haben.

Der internationale Arbeiter-Congress.

Basel, 11. Septbr.

Die gestrige Administrativsitzung ward, weil die vorhergehende öffentliche Sitzung bis 7 Uhr gedauert hatte, erst 9 Uhr Abends eröffnet.

Nach Erledigung einiger unwichtigen Gegenstände stellte Eccarius im Namen des Generalraths den Antrag, daß jede neue Sektion, die in die J. A. A. aufgenommen zu werden wünscht, dem Generalrath eine dahin gehende Erklärung einreichen muß. (Es bezieht sich dies blos auf Sektionen in denjenigen Ländern, wo aus gesetzlichen Gründen keine lokale Organisation stattfinden kann. In Belgien und der Schweiz z. B. hat die Bildung von Sektionen den betr. Centralrathen angezeigt zu werden.) Der Eccarius'sche Antrag wurde einstimmig angenommen. Eccarius zeigte hierauf an, daß er 3000 persönliche Mitgliederarten zum Gebrauch für diejenigen Länder mitgebracht, deren Gesetz die Bildung von Sektionen und Gruppen nicht erlauben.

Ein Antrag der Mandatprüfungskommission, dahin gehend, daß nur solche Sektionen mit Gruppen, die dem Generalrath gegenüber ihren Beitragspflichten nachgekommen sind, das Recht haben, stimmberechtigte Delegirte zum Congress zu schicken, gab zu lebhaften Debatten Anlaß. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Bildung von Gruppen und Sektionen nicht in allen Ländern möglich ist.

Hins stellte zu obigem Antrag das Zusatzamendement:

„In allen Ländern, wo die Gesetze der Bildung von Sectionen Hindernisse entgegensetzen, haben auch nicht affiliirte corporative Arbeitergesellschaften das Recht, Delegirte zu wählen, die den Sitzungen über prinzipielle Fragen, aber nicht den Administrativ-Sitzungen bewohnen dürfen.“

Der Antrag mit dem Amendement wurde einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr.

Die heutige Vormittagsitzung begann um 9 1/2 Uhr. Oberwinder hat den Fieberanfall glücklich überstanden, und, obgleich sehr geschwächt, konnte er heute Morgen schon auf eine halbe Stunde ausgehen.

Nach dem Namensaufruf, und nach Verlesung und Genehmigung der Protokolle wird die Gewerksgenossenschaftsfrage, die auf der Tagesordnung den letzten (5.) Platz einnimmt, ihrer großen unmittelbaren Wichtigkeit wegen, den beiden anderen (Erziehung und Credit) vorangestellt, und sofort in die Debatte eingetreten.

Rinty erstattet Bericht über die Verhandlungen der Gewerks-Genossenschafts-Kommission, und bringt folgende Propositionen ein:

„Der Congress erklärt, daß alle Arbeiter die Bildung von Gewerksgenossenschaften in den verschiedenen Gewerken energisch anstreben sollen.“

Sobald sich solche Genossenschaften bilden, sollen die Sektionen

die verbundenen Gruppen und die Centralausschüsse derjenigen Vereine, welche dem nämlichen Gewerke angehören, davon unterrichtet werden, damit die Bildung nationaler Verbände der Gewerksgenossenschaften in Angriif genommen werden kann. Diese Verbände sollen beauftragt werden, alles ihren Industriezweig Betreffende zu sammeln, die gemeinschaftlich zu ergreifenden Maßregeln zu berathen und auf die Durchführung und das Gelingen derselben hinzuwirken, bis das heutige Lohnsystem durch die Assoziation der freien Arbeit verdrängt worden ist.

Der Congress beauftragt den Generalrath die internationale Verbindung der Gewerksgenossenschaften aller Länder zu vermitteln.“

Liebknecht befürwortet die Resolution; wobei er sich über die Entwicklung der Gewerksgenossenschaften in den verschiedenen Ländern verbreitet; es sei eine dreifache Organisation der Gewerkschaften notwendig: 1) nationale Organisation jedes Gewerks, 2) Verbindung sämmtlicher nationaler Gewerks-Organisationen, 3) Internationale Verbindung sämmtlicher nationaler Gewerks-Organisationen. Für die Deutschen, die in Bezug auf die beiden ersten Punkte schon im Reinen wären, komme es hauptsächlich auf den dritten Punkt an. Der Generalrath sei das natürliche Medium der internationalen Verbindung, deren Nothwendigkeit der Redner des Näheren an vielen Beispielen (Import schwedischer Arbeiter in Deutschland etc.) nachweist.

Schemalé spricht prinzipiell gegen die Gewerksgenossenschaften. Habe man den sozial-demokratischen Staat, so seien sie überflüssig. (Aber bis dahin? wurde ihm entgegengerufen, und nicht beantwortet.)

Caporizzo gibt interessante Aufschlüsse über die Lage der italienischen Arbeiter, welche er als eine sehr ungünstige schildert. Die Arbeitszeit schwanke zwischen 12 und 15 Stunden täglich, der Lohn, bei großer Theuerung der Miethen und Lebensmittel zwischen 2 und 3 Francs per Tag. Von den Behörden wie von den Arbeitgebern würden die italienischen Arbeiter aufs unwürdigste behandelt. Neuerdings habe die internationale Arb.-Assos. Würzel gefaßt und zähle in Neapel bereits über 600 Mitglieder.

Hins: Die Gewerksgenossenschaften sind nöthig, um die Masse der Arbeiter in die Bewegung hereinzuziehen. Daß die Genossenschaften keinen politischen Charakter hätten, sei ihnen vorgeworfen worden; das sei in seinen Augen aber kein Vorwurf, denn es könne für die Arbeiter nur nachtheilig sein, wenn sie durch politische Fragen von der sozialen abgezogen würden. (Unter den belgischen Delegirten ist diese Anschauung ziemlich verbreitet.)

Flahault (Paris) erklärt diese Frage für die wichtigste auf dem Congress. Hier könne sofort etwas Praktisches erzielt werden, und praktisch handeln sei besser als die radikalsten theoretischen Beschlüsse zu fassen.

Durand (Paris) warnt davor, den Gewerkschaften allzugroße Wichtigkeit beizulegen, sonst könnten sie die Arbeiter leicht von dem Hauptziele ablenken. Uebrigens ist er entschieden für Organisation von Gewerksgenossenschaften, deren Fonds er für Produktivassoziationen verwandt zu sehen wünscht.

Tollain (Paris): Unter den Arbeitern herrsche die Neigung, die Zahl der Lehrlinge mit Hilfe der Gewerksgenossenschaften zu beschränken. Das sei aber erst dann möglich, wenn man eine genaue Arbeiterstatistik habe; jetzt werde der Versuch blos zu Willkürlichkeiten und Ungerechtigkeiten führen.

Trumeau (Paris) zeigt, wie nothwendig es ist, die Gewerkschaften zu zentralisiren. Das sei aber in Frankreich außerordentlich schwierig; indeß man müsse thun, was man könne. Gegen die Centralisation der Kassen ist dieser Redner, wie alle französischen Delegirten, weil sie den langen Arm und die langen Finger der Regierung fürchten. Auch erklärt er sich „gegen jeden Staat, gegen die ganze Staatsidee“, — aus denselben Gründen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nicht unterstützt.

Nachdem noch ein Delegirter aus Limoges — Roudé — eingeführt worden, erfolgt der Schluß der Sitzung um 12 1/2 Uhr.

In der Nachmittagsitzung ereignet das Wort Cartaret (Paris). Er bittet, bei Behandlung dieser Frage sehr vorsichtig zu sein, sonst könne es leicht geschehen, daß man durch die Gewerksgenossenschaften (sociétés de resistance) hinter „das Jahr 1789“ zurückgeworfen würde. Redner spricht außerdem für Erhaltung der „Individualität“ und zu diesem Zweck für Stückerarbeit anstatt der Zeitarbeit. Mit Tollain erklärt er jede Regelung der Zahl der Lehrlinge, so lange keine genügende Statistik vorhanden ist, für unmöglich.

Brismé (Brüssel) liest einen Bericht aus Brüssel ab und erklärt dann, „woher der Widerstand gegen das Kapital entsteht“. Das Kapital unterdrückt die Arbeiter, folglich müssen die Arbeiter dem Kapital Widerstand leisten, wenn sie nicht unterdrückt werden wollen. Er verweist namentlich bei den Arbeitseinstellungen und theilt die betreffenden Erfahrungen der Brüsseler Sektion mit.

Greulich (Zürich) bespricht verschiedene im Lauf der Debatte angeregte Fragen. Die beste Lösung der Frage der Frauennarbeit sei der Beschluß des amerikanischen Congresses, die Frauennarbeit gleich hoch zu bezahlen wie die Männerarbeit. Er rath den französischen Arbeitern, ihre Kassengelder in Belgien oder einem anderen Land zu deponiren, wo sie vor den Klauen der Regierung sicher sind. Zur Frage der Arbeiterstatistik übergehend meint Redner, daß eine Statistik der Arbeit nur durch den Staat zu bewerkstelligen sei, aber nicht durch den jetzigen Staat, der den Arbeitern feindlich sei.

So komme man immer auf den Satz: „der jetzige Staat muß befeitigt und durch den Volksstaat ersetzt werden.“

Applegarth (London) reicht folgende Vorschläge ein:

- 1) Da das gegenwärtige Zeitalter der Konkurrenz, in welchem die Arbeitgeber sich nicht nur in gewagte Spekulationen und unsolide Finanzpläne einlassen, um zur Erlangung von Kontrakten Konkurrenten zu überbieten, sondern auch in vielen Fällen die Arbeiter eines Landes gegen die eines anderen benutzt werden — in dieser Zeit ist die Verbreitung von Trades-Unions zum Schutz der Arbeiter zur absoluten Nothwendigkeit in jedem Lande geworden, und ist die Föderation der Gewerke aller Nationen zur unumgänglichen Bedingung der Zeit gemacht —;
- 2) da die Interessen der Arbeit auf der ganzen Welt die gleichen sind: so möge der Kongress, da er die Interessen des gesammten Arbeiterstandes repräsentirt, darauf hinwirken, daß die Mitglieder der verschiedenen Industriezweige, gleichviel ob Männer oder Weiber, Trades-Unions bilden, falls unter ihnen noch keine Vereinigung zu ähnlichem Zwecke besteht.
- 3) Der Kongress möge die Gewerkschaften aller Nationen auffordern, sich zu einem Gewerkschaftsbunde zu vereinigen, und dieselben veranlassen, brieflich oder durch monatlichen Austausch von Berichten sich in Verbindung zu setzen und einander jede mögliche Auskunft über Lohnsätze, Arbeitsstunden und die allgemeinen Bedingungen zu ertheilen, unter denen in jedem Lande die Arbeiter beschäftigt werden.
- 4) Der Kongress möge beschließen, daß die verschiedenen Sektionen der Internationalen aufgefordert werden, bei der Bildung von neuen Vereinen behilflich zu sein und daß die Sektionen und der Generalrath veranlaßt werden, einander bei der Beschaffung von Adressen der Gesellschaften, so wie der Uebersetzung von Mittheilungen behilflich zu sein.
- 5) Der Kongress möge beschließen, daß Seitens der Internationalen A. A. die Errichtung von Schiedsgerichten, welche die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beilegen sollen, in die Hand genommen werde. Sodann wolle der Kongress die Nothwendigkeit betonen, daß die Kooperationsbewegung, so wie das Partnershipsystern von Seiten der Internationalen Arbeiterassoziation möglichst unterstützt werde und für die erstere die Fonds der Gewerksgenossenschaften (Trades-Unions) verwandt werden sollen.
- 6) Der Kongress möge ausdrücklich betonen, daß für das kooperative Prinzip die Gewerksgenossenschaften (Trades-Unions) die Basis bilden müssen, daß sie allein den genossenschaftlichen Sinn heranzuziehen vermögen und aus diesem Grunde wesentlich zur Organisation der Arbeit in unserem Sinn beitragen.
- 7) Der Kongress möge darauf hinwirken, daß gerade durch eine zweckmäßige Organisation der Gewerksgenossenschaften (Trades-Unions) und die dadurch ermöglichte Agitation der obligatorische Schulbesuch zum Prinzip erhoben werden. Einzig und allein durch den Seitens der Gewerksgenossenschaften (Trades-Unions) ausgeübten Einfluß auf die Erziehung des Volkes sei es möglich, die leitenden Ideen des Kongresses zu verwirklichen.

Grosselin (Genf) bedauert, daß der Kongress so viel Zeit mit theoretischen Disputationen verloren habe und nun die wichtigste der ihm vorliegenden Fragen über's Knie abbrechen müsse. Er kommt dann auf die letzte Genfer Arbeitseinstellung und verlangt internationale Organisation der Gewerkschaften. Mit Bezug auf die Verwendung der Gelder warnt er davor, dieselben in Produktivgenossenschaften zu stecken, da sonst für Arbeitseinstellungen nichts vorhanden sei.

Lehner (London) meint, über die Organisation der Arbeiter in den verschiedenen Ländern ließen sich keine bestimmten Regeln aufstellen; man müsse es den Arbeitern überlassen, sich überall die besten Wege der Organisation zu suchen. Die Gewerksgenossenschaften seien nur ein vorübergehendes Kampfmittel, dessen Werth man nicht überschätzen dürfe. Der Kongress könne in dieser Frage nichts Gescheidteres thun als die Beschlüsse der früheren Kongresse bestätigen. (Dahin gehend, daß die Gewerksgenossenschaften sich mit den allgemeinen politischen und sozialen Fragen beschäftigen und sich die Ersetzung der Lohnarbeit durch die genossenschaftliche Arbeit als Ziel stecken müssen.)

Applegarth glaubt zur Begründung seines Antrags nur wenig sagen zu müssen. Der Antrag spreche für sich selbst. So lange die Arbeit ausgebeutet werde, seien die Arbeiter gezwungen sich zu verteidigen. Aber man dürfe sich nicht auf die Vertheidigung beschränken, sondern müsse auch die Umgestaltung der Gesellschaft vorbereiten, darum habe er die Errichtung von Produktiv-Assoziationen und die Einführung des obligatorischen Schulunterrichts gefordert.

Der Applegarth'sche Antrag kann, weil zu spät eingebracht, nicht zur Debatte gelangen und wird zurückgezogen.

Es ist unterdessen 5 Uhr geworden. Der Kongress hat dem Programm gemäß nur noch Eine Stunde für die Diskutirung der Prinzipien, und noch sind zwei Fragen gar nicht berührt.

Ein Antrag auf Schluß stößt unter solchen Umständen auf keine Opposition.

Die Abstimmung über den Commissionsantrag findet abwechselnd statt (nicht namentlich — wegen der vorgerückten Zeit). Alle Absätze

werden einstimmig angenommen, nachdem der letzte, wie folgt, abgeändert worden:

„Der Kongress beauftragt den Generalrath, im Fall daß das Bedürfnis sich herausstellt, die internationale Verbindung der Gewerksgenossenschaften zu vermitteln.“

Der gesperrtgedruckte Satz, von Tolla in (Paris) beantragt, soll dem Beschluß den „autoritativen“ Charakter nehmen, und wurde, um Einstimmigkeit zu erzielen, von der Mehrheit adoptirt.

Cameron (Philadelphia) ergreift nun auf besonderen Wunsch des Congresses das Wort zu einem kurzen Bericht über die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, und widmet dem Andenken des Präsidenten der Arbeiter-Union, Sylvio, einige warme Worte. Er spricht die Hoffnung aus, daß der Internationalen Arbeiter-Assoziation die Vereinigung aller Arbeiter gelingen, und damit der Sieg der Arbeit über das Kapital garantirt werde. Redner äußert sich über die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten genau in demselben Sinne wie die zu Anfang des Congresses eingelaufenen Zuschrift aus Newyork — das heißt er verurtheilt eben so entschieden die Republikaner als die Demokraten. Cameron wünscht, daß die Auswanderungsfrage von der Internationalen Arbeiter-Assoziation, unter Mitwirkung der Amerikanischen Arbeiter-Union, die 800,000 Mitglieder zählt, in die Hand genommen werde. Die Einwanderer seien den amerikanischen Arbeitern willkommen, nur sollten sie sich nicht mit den Arbeitgebern gegen die amerikanischen Arbeiter verbinden. Zum Schluß theilt Redner Namens des letzten amerikanischen Arbeiterkongresses eine Einladung zum nächsten amerikanischen Arbeiterkongress mit, der 1870 in Cincinnati tagen wird.

Zung (der Vorsitzende) dankt in angemessenen Worten für die Einladung; die Auswanderung anlangend, meint er, es wäre besser, die Arbeiter blieben in Europa und räumten die unnatürlichen Zustände fort, statt ihnen aus dem Wege zu gehen.

Mittlerweile war die siebente Stunde herangekommen.

Robin stellt den Antrag, die Commissionsberichte über die beiden noch übrigen Fragen einfach zu verlesen, aber weder zu diskutieren, noch darüber abzustimmen, und die Fragen auf die Tagesordnung des nächsten Congresses zu setzen.

Dies wird ohne Debatte angenommen.

Robin verliest den Commissionsbericht über die Erziehungsfrage, der folgenden Resolutionen empfiehlt:

I. Vom theoretischen Gesichtspunkt aus bestätigt der Kongress von Neuem den Gedanken der allgemeinen (Gesamt-) Bildung, d. h. er erklärt, daß jeder Mensch ein Recht auf dieselbe theoretische und praktische Ausbildung hat, die auf einem ernstlichen und systematischen Studium des sich frei entwickelnden Kindes beruht.

II. Vom praktischen Gesichtspunkte aus kann der Kongress nur die Gruppen der Internationalen Arbeiter-Assoziation auffordern, in ihrer Mitte Unterrichts- und freie Diskussionskurse zu organisiren, um die auf die verschiedenen Zweige des menschlichen Lebens bezüglichen Fragen zu besprechen.

III. Obwohl der Kongress nichts dagegen einzuwenden hat, daß jeder Arbeiter seine Kinder den mehr oder weniger schlechten Unterricht der „Gemeinde- oder Staatschulen“ benutzen läßt, so mißbilligt er doch, daß im Namen der Internationalen Arbeiter-Assoziation der Versuch gemacht werde, in diesen „Bourgeoisanstalten“ Verbesserungen herbeizuführen, die, notwendigerweise ungenügend, nur von der Idee der wahren Gesamtbildung ableiten könnten. Der Kongress glaubt nicht, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation gegenwärtig im Stande ist, in dieser Beziehung selbst wirksame praktische Maßregeln durchzuführen.

Lucraft wünscht die Annahme einer allgemein gehaltenen Resolution für obligatorischen Unterricht. Die Versammlung geht aber nicht darauf ein.

Die Creditcommission verzichtet auf die Verlesung ihres Berichts, weil sie sich über keine bestimmte Resolution zu einigen vermochte.

Zung wirft nun noch einen Rückblick auf die Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation, die, zur Zeit ihrer Gründung verachtet, bespöttelt, in den 4 Jahren ihres Bestehens eine Macht geworden ist, angefeindet, anerkannt von allen Feinden.

Schluß der Sitzung — der letzten über Prinzipienfragen — um 7 Uhr. Die Versammlung trennt sich unter dem Ruf: Es lebe die soziale demokratische Republik!

Heute Abend 8 Uhr findet noch eine Administrativsitzung statt.

Seitens der französischen Presse schenkt man dem Kongress eine außerordentliche Aufmerksamkeit. Folgende Pariser Blätter haben Berichterstatter hergeschickt: „Siècle“, „Gazette de France“, „Opinion Nationale“, „Democratie“, „Universel“, „Liberté“, „Journal de Paris“, „National“, „Réveil“, außerdem der „Progrès“ von Lyon.

(Schluß in der Beilage.)

Internationale Gewerksgenossenschaft der Mannufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Mit Bezug auf unsere Anforderung in Nr. 39 des Organ sandten wir unter Kreuzband den H. B. Bevollmächtigten eine Anzahl gedruckter Abrechnungs-Schema's (je 12 Stück) und ersuchen dieselben dringend, bis längstens Mitte Oktober an uns die Abrechnungen der verschiedenen Monate (seit Organisation der einzelnen Organisationsglieder) jeden Monat auf ein einzelnes Blatt einzutragen und zuzuschicken. Die Einfachheit der Schema's wird die Arbeit erleichtern; Antworten, wofür Nichts vorliegt, werden einfach durchgeschickt.

Der statutarisch vorgeschriebene Kassenabschluss kann nur dann regelmäßig und rechtzeitig erfolgen und veröffentlicht werden, wenn die Bevollmächtigten ihre Abschlüsse nach Vorschrift ungeschönt und jederzeit pünktlich einreichen.

Nachfolgende neue Meldungen sind zu notifizieren.

Crimmitschau, den 20. September 1869.

- Für die Vorstandsverwaltung: J. Motteler, 1. Vor.
- Zwickau (Neuwahl des Bevollmächtigten): Herm. Döcker.
- Gros-Ottersleben b. Magdeburg: Mitgliedschaft angemeldet.
- Viebrich a. Ab.: Phil. Engelhard (bei Hrn. Hollerich in d. Rheinstr.), Bevollm. u. Beitragsformler; Controleur: Scheurer und Jutz; Wandergeld bei Engelhard.
- Walldorf: Bev. C. F. Pöbler; Beitrags. Heim. Meizner; Controleur Wihl. Pampel.
- Wittweida: Bev. Anton Fißler (Vor. des Arb.-Ver.); Beitrags. H. Grünert; Controleur E. Fichtner.
- Ludewalde: Bev. Emil Szymonowski (Produktivgenossenschaft); Beitrags. Aug. Kerstin; Controleur Heim. Ventner; Wandergeld bei Szymonowski.
- Mühlwand bei Pylau: Bev. F. W. Günel; Beitrags. Rud. Gerns; Controleur Wenzel Gerns.

Internationale Gewerkschaft der Metallarbeiter.

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, den § 4 der Statuten genau zu beachten und die Beiträge durch Posteingahlung hierher zu senden, unter der Adresse unseres Kassiers, Konrad Haas, äußere Laufergasse 1421 S. Nürnberg.

Für den Verwaltungsrath: M. Leischob, Schriftführer.

Eisenach, 15. Septbr. Ein gewisser Hauschild hatte am Sonnabend eine Arbeiterversammlung einberufen, um für Schweizer Propaganda zu machen. Der Schweizerische Pfannkuchen erhielt zuerst das Wort. Seine Rede enthielt weiter Nichts als Schmähungen gegen den Eisenacher Kongress, gegen Bebel und Liebknecht, die die Arbeiter in das Lager Bismarck's (!) führen wollten. O heilige Dummheit! Nachdem er seine Rede, die oft unterbrochen wurde, zu Ende gebracht, erdem er seine Rede, die oft unterbrochen wurde, zu Ende gebracht, hielt ich das Wort. Ich widerlegte seine Behauptungen und erinnerte namentlich daran, daß Liebknecht aus Preußen verbannt sei, natürlich nicht demselben sozialen Druck, wie die Arbeiter schmachten, nicht zurückweisen könne, daß wir Laifale als den tüchtigen Führer der Arbeiter hoch verehren, daß wir aber die Führerschaft Schweizer's energisch zurückweisen. Zum Schluß meiner Rede forderte ich die Versammlung auf, der von uns auf morgen im „Schiff“ (das Gasthaus „zum Möhren“ ist abgebrannt) anberaumten Versammlung, in der Hr. Rippoldt auftritt werde, beizuwohnen. Hierauf erging sich Hauschild in Schmähungen gegen Weib, Liebknecht und Becker, auf der anderen Seite in Lobgedichten auf den edlen Asteriozialisten Schweizer so lange und eifrig, daß er dabei vergaß, auf den zweiten Punkt der Tagesordnung einzugehen, wozu es auch bereits zu spät geworden war. Zum Schluß wurde aufgefordert, sich dem Schweizerischen Verein anzuschließen, und sollen sich acht als Mitglieder eingeschrieben haben.

Sonntag Nachmittag hatten wir Versammlung im „Schiff“. Dieselbe war gut besetzt, obgleich unser Kassier vergessen hatte, in der Annonce das Lokal zu bezeichnen. Hr. Kreuznacher eröffnete als Vorsitzender die Versammlung. Hr. Rippoldt aus Gotha entwickelte die Grundzüge der Sozial-Demokratie und wies namentlich darauf hin, daß die Arbeiterbewegung notwendig eine politische werden müsse, und nicht eine bloße „Magenfrage“ sein dürfe, wenn die Arbeiter nicht zu Werkzeugen der Despoten werden sollten, wie dies unter der römischen Cäsarenherrschaft, die dem Volke „Brod und Spiele“ gewährten, der Fall war. Das konnten die paar herbeigetrommelten Anhänger des Asteriozialisten nicht hören; sie verließen das Lokal. Wir aber hatten die Freude, eine Anzahl von Arbeitern und hiesigen Bürgern in unsern Verein einzutreten zu sehen.

Budau, 15. September. Am Sonnabend war ich in Gr. Ottersleben, wo in einer Versammlung die Statuten der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft beraten wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde mir ein Brief des Bevollmächtigten Fr. Tely vorgelegt, den derselbe von einem gewissen Schulze aus Halberstadt erhalten hatte, und welcher die ganze nichtwürdige Art und Weise enthält, wie unsere Gegner uns bekämpfen. Ich habe diesen Brief wörtlich abgeschrieben und bitte, ihn auch wörtlich in unserm Organ zu veröffentlichen.

Der Brief lautet:
„Herr Tely! Unbekannter Weise schreibe ich an Sie in einer wichtigen Sache. Es ist Ihnen doch wohl auch bekannt mit der Sprengung in unserm Verein. In den Ausgeschiedenen gebürt auch unser früherer Bevollmächtigter Naters. Im Anfange war fast Alles gegen ihn, aber Tag für Tag gibt es welche, die zu diesem schlechten Kerl übergehen und Viele sagen, sie wollten jetzt erst einmal sehen, wer Recht habe. Wir wollten nun vor ein paar Tagen einen neuen Bevollmächtigten wählen; allein da waren von den Hunderten nur ungefähr 30 Mann da, und davon erklärten sich bloß 16 für einen andern, die andern 14

Naters wirklich Schuld habe, oder ob mit Schweizer nicht Alles richtig sei. Dieser Naters ist nun aber wirklich ein zu schlechter Kerl, wir können uns nicht anders helfen, als wenn wir ihm irgend Etwas in die Schuhe schieben, wenn es auch einmal nicht wahr ist — es geschieht ja zum Besten des Vereins und unseres Hrn. Dr. von Schweizer. Ich wollte Sie deshalb im Namen meiner Kollegen bitten, ob Sie nicht in den „Sozial-Demokrat“ von diesem schlechten Hund Naters etwas setzen ließen, daß er Ihnen vielleicht Geld abgenommen hat. Das schadet Ihnen gar nicht; es kann Ihnen ja Niemand was darum thun. Schreiben Sie doch, er habe Ihnen für eine Versammlung 6 oder 8 Thlr. abgenommen, das thut uns viel Vortheil. Denn die Leute glauben hier fast Alle, Naters sei ehrlich. Wenn sie dann aber so etwas lesen, das thut die Leute wieder auf unsere Seite bringen. Ich habe noch nach mehreren Orten geschrieben, und wenn die das auch so machen, und das sieht dann Alles im „Sozial-Demokrat“, dann kann der schlechte Hund machen, daß er aus Halberstadt kommt, sonst schlagen sie den todt, denn der hat sich mit Geld bestechen lassen. Also besorgen Sie Alles pünktlich und seien Sie versichert, daß sich Hr. Doktor von Schweizer und Herr Klein sehr darüber freuen werden.

Ich verbleibe A. Schulze.

Hr. Klein hat uns erzählt, dieser Naters habe von den großen Fabrikanten aus Ihrer Gegend 500 Thlr. gekriegt. Wenn Sie etwas Genaueres erfahren könnten, theilen Sie es uns doch mit, damit wir den schlechten Kerl überführen können.“

Braunschw. 11. Sept. Unser sozial-demokratischer Arbeiterverein, der sofort nach dem Eisenacher Kongress auf Grund der daselbst festgestellten Muster-Statuten mit einigen unwesentlichen Aenderungen gegründet wurde, erfreut sich einer lebhaften Entwicklung. Die Mitgliederzahl wächst von Woche zu Woche, die regelmäßigen Versammlungen sind eifrig besucht, die Vorträge interessant, die Debatten belebt und gründlich. Alle Veranstaltungen in der Öffentlichkeit durch den Verein sind wirksam, nur eine auf mehrseitigen Wunsch verjüngte Verständigung mit den hiesigen Mitgliedern des jetzigen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ist durch die kleinlichen Kergeleien und die perfide Handlungsweise einzelner der letzteren gecheitert. Der ganze Allgemeine deutsche Arbeiterverein besteht indes hier nur aus einigen unklaren Köpfen, die bis jetzt noch nicht gewagt haben, etwas Thatsächliches vor die Öffentlichkeit zu bringen und nur im Stillen darauf ausgehen, Aergerniß zu erregen. Wir sind dadurch genöthigt, unsern Verein von dergleichen Elementen rein zu halten und haben bereits die erforderlichen Schritte gethan.

Mit sozial-demokratischem Gruß

G. Lüdecke.

Wolfsbüttel. In der am 21. August stattgehabten Versammlung wurden zum Ortsvorstande gewählt: Hr. Spier als 1., Hr. Numme als 2. Vorsitzender, Hr. Benda als Kassier, Hr. Splüßer und Geffers als Controleure.

B. Müller.

Ghemnis, 19. September. Eine Arbeiterversammlung so zahlreich, wie wir sie seit langer Zeit nicht gehabt, tagte gestern Abend im Apolloaal, um die Vorträge der Herren Bebel und Motteler über die soziale Frage und die Gewerkschaften entgegenzunehmen. Wir schätzten die Zahl der Anwesenden auf mindestens 3000. Die Schweizerlinge hatten sich auch eingefunden, nm ihr Heil zu versuchen, sie blizten aber gar jämmerlich ab. Als Herr Meyold die Versammlung eröffnete hatte und zur Wahl eines Vorsitzenden aufforderte, suchten sie einen gewissen Büschmann durchzusetzen, allein die sehr große Majorität entschied sich für unsern Kandidaten Große. Die Schweizerlinge hatten 30—40 Stimmen für den ibrigen. Da das mißglückt war, fingen sie mit den üblichen, rezeptmäßigen Geschäftsordnungsdebatten an und verlangten, daß Herr Bebel als „Unwürdiger“ nicht sprechen dürfe. Das rief große Entrüstung hervor. Herr Bebel forderte unsern Vorsitzenden auf, darüber abstimmen zu lassen, ob die Versammlung ihn hören wolle. Das geschah und die ganze Versammlung erklärte sich gegen die paar Stimmen der Schweizerlinge jubelnd dafür. Nunmehr wurde festgesetzt, daß jeder der Referenten 1 Stunde, die nachfolgenden Redner je eine 1/2 Stunde sprechen sollten, worauf Herr Bebel das Wort erhielt. Er sprach zunächst seine große Genugthuung darüber aus, heute in Ghemnis vor einer solchen Versammlung reden zu können. Noch vor wenig Monaten habe man sich auf das bitterste bekämpft (man denke an Hohenstein), jetzt seien wir einig und strebten mit vereinten Kräften dem gleichen Ziele zu. Der Redner entwickelte dann in seinem Vortrag ein klares Bild der heutigen sozialen und politischen Zustände und wies nach, wie nur durch eine kräftige Organisation der ganzen Arbeiterklasse es möglich sei, die durch und durch faulen Zustände zu ändern. Die Versammlung sollte häufig während des Vortrags und am Schlusse desselben dem Redner allgemeiner Beifall. Nach einer kurzen Pause ergriff Herr Motteler aus Crimmitschau das Wort, um, anknüpfend an die Worte Bebel's, über die Gewerkschaften zu sprechen und deren Gründung zu empfehlen. Die Arbeiterklasse müsse den Streifen Boden, den man ihr noch unter den Füßen gelassen, benutzen, um sich zu organisiren und den Kampf gegen die organisirte Kapitalmacht aufzunehmen. Die Gewerkschaften sollten das Schwert sein, das der Arbeiter mit kräftiger Hand führen müsse, um sich sein Recht zu erobern. Auch diesem Redner wurde lebhafter Beifall zu Theil. Herr Laich aus Reichenbrand sprach dann über den Eisenacher Kongress, ihm folgten mehrere Schweizerlinge, die Herren Stähr, Rogel und Andere, die

W. Klees.

einzelne Ausführungen des Herrn Bebel anzugreifen suchten und namentlich ihre Organisation nicht genug zu preisen vermochten. Herr Bebel antwortete scharf und treffend unter lärmlichem Beifall, ebenso Herr Motteler, der eine Aeußerung des Herrn Vogel aus Limbach über Staatshilfe berichtigte. Nach 12 Uhr erhielt Herr Bebel das Schlusswort. Ein Herr Schnips hatte an ihn privatim die Frage gerichtet, wie es sich mit den 600 Thlen. Gehalt des Hiesiger Hofes verhalte, Herr Bebel antwortete darauf öffentlich, daß die Behauptungen Tölke's ganz elende Lügen seien, ausgestreut zu dem Zweck ihn zu verdächtigen, er sei sozialistischer Republikaner, als solcher habe er mit keinem Fürsten, weber regierenden noch nichtregierendem, etwas zu schaffen. Einige scharfe Aeußerungen des Hrn. Bebel über Tölke veranlaßten die Schweizerlinge zu einem lauten Gebrüll und Geschimpfe. Das erbitterte unsere Leute und so kam es zu einer heftigen Szene, in Folge deren die anwesende Polizei einschritt und den Schluß der Versammlung verlangte. Dem sah sich der Vorsitzende genöthigt nachzukommen. Die Versammlung hat ihren Zweck vollständig erfüllt: Chemnitz, „das schändliche Manchester“, ist unser. Wie die Haselbrot-Rinde ihren Einfluß vollständig verloren, so wird es auch Schweitzer gehen. Sein Anhang in der Stadt zählt ganze vierzehn Köpfe, ein paar kleine Dorfschaften in der Nähe, die ihm noch anhängen, werden wir nächstens erobern. Bei der nächsten Reichstagswahl setzen wir an Stelle Försterling's einen Sozialdemokraten durch.

Lugau, 10. September. Die soziale Frage tritt jetzt persönlich an mich heran, indem ich wegen meiner Agitation für die Bergarbeiter des hiesigen Bezirkes aus der Arbeit entlassen worden bin und sämtliche Werkverwaltungen unter sich beschloßen haben, mich auf kein Werk wieder in Arbeit zu nehmen. Der ungesetzliche Grund meiner Entlassung war folgender: Wir hatten hier in Lugau den Anfang zu einer Gewerkschaft gemacht und zählten in ganz kurzer Zeit 400 Mitglieder. Bald darauf ging ich nach Zwickau, um ebenfalls eine Gewerkschaft zu gründen, die heute schon 2400 Mitglieder zählt. Hier in Lugau hatte unterdessen die Gewerkschaft keinen guten Fortgang genommen, sie liegt heute noch todt. Als ich nämlich in den Sitzungen des Verwaltungsrathes beantragte, es sollten Versammlungen für die Gewerkschaft abgehalten werden, wurde mir versichert, daß die Arbeiter keinen weiteren Schritt zu thun einig wären, bis daß die vereinigte Knappschafstasse ins Leben getreten sei. Ich allein war nicht im Stande etwas Weiteres durchzusetzen und so schief die Sache ein. Da kam nun das Plauen'sche Unglück, ich konnte nicht mehr enthalten, eine Comiteefung der Bergarbeiter einzuberufen und erhielt die Erlaubniß eine allgemeine Bergarbeiterversammlung abhalten zu dürfen. Zu dieser Versammlung erließ ich eine Annonce mit einem Aufruf an die Bergarbeiter im „Stollberger Anzeiger“, wo ich unter Anderem sagte: „Beweist, daß auch der Bergarbeiter noch ein von Gerechtigkeit durchdrungenes Herz im Leibe trägt, beweist, daß auch der Bergarbeiter noch im Stande ist, seinen Drängern (die ihm lieber Steine statt Brod, Fußtritte statt Gerechtigkeit geben) die Stirne zu bieten.“ Auf diese von mir gebrauchten Worte beriefen sich die Herren Verwaltungsräthe, nicht Arbeitgeber, behufs meiner Entlassung. Die Versammlung war zahlreich besucht und wurde eine Resolution wegen Lohnerhöhung und weiterer Ausbreitung der Gewerkschaft gefaßt.

Nächsten Tag ließ mich Herr Betriebsdirektor Müller zu sich rufen und erklärte mir, daß er sich genöthigt sehe, wegen meines Verhaltens mich zu entlassen, er thue dies weniger seiner- als seiner Kollegen wegen, vor denen er sich schämen müsse, einen Arbeiter wie mich in seinem Werke zu haben. Er meinte, ich solle die Arbeiter ihrer Geschäftsgeber respektiren lehren, anstatt sie aufzuwiegeln. Ihr glaubt wohl, sagte er, den Worten von Bebel und Liebknecht, diese würden sich gar nicht um Euch kümmern, wenn sie nicht von Euch gemästet würden; auf diese Weise wird es nicht besser mit Euch. Der Gerichtsamtmann hätte sich auch dagegen ausgesprochen, daß er (Müller) solche Arbeiter (wie mich) dürbe, kurz und gut, ich sei entlassen. Meine Ablegung verursachte bei den Bergarbeitern des Schachtes, wo ich anfuhr, den Entschluß, so lange die Arbeit einzustellen, bis ich wieder einfahren dürfe. Anfänglich schien es zu gelingen und wäre auch durchgeführt worden, wären nicht manche meiner Kollegen abgefallen. Sogar mein intimer Kollege, mit dem ich 5 Jahre eingefahren bin und der sich immer als demokratisch Gesinnter gezeigt hatte, war der erste, welcher erklärte, wieder einzufahren, ihm folgten mehrere und bald alle. Meine Kollegen hatten durch ihre Wanfelmüthigkeit sich und mich blamirt.

Urtheilt man über das ganze Verhältniß, so kommt man zu dem Resultate, daß es bei uns gerade zugeht, wie in den Sklavenstaaten Amerikas. Wollte sich dort ein Sklave befreien, so würde er durchgeprügelt, bei uns werden die Sklaven fortgeschickt, brodlos gemacht. Doch wie den armen Sklaven der Rettungsstern in den nördlichen Staaten der Union aufging, so wird auch uns in der „Internationalen“ ein Stern aufgehen.

Um dieses große Ziel zu erreichen, ließen wir es auch gern für unsere Führer etwas kosten und bin ich sehr überzeugt, daß sie als unsere Retter uns nicht den tausendsten Theil dessen kosten würden, was uns das Wästen der faulen Arbeitsvögte kostet, die uns noch dazu schinden und quälen. Direktor Müller sagte mir noch bei meiner Entlassung, daß durch die Wählereien die Arbeiter leichtsinnig würden, woher sich die vielen Unglücke leiteten, die Arbeiter seien nicht mehr nützlich auf ihrem Posten: früher habe es unter den Arbeitern per-

niß gegeben hätten, ihre Kinder durchzuprügeln, wenn sie nicht parirten, heute sei durch unsere Schuld diese schöne Zeit vorüber.

Wer fragt danach, wenn z. B. Holzthüren mit Steinkohlentheer bestrichen werden, um ihrer Fäulniß vorzubeugen? Dieses Verfahren verursacht den Arbeitern Kopfschmerz, den Grubenbesitzern einen kleinen Gewinn, deshalb ist es zulässig.

Ich beweise, ob eine Kohlenwerkstinspektion davon weiß, daß in dem Glüdauffschachte, der zu dem Gottesjungensticht in Lugau gehört, eine Fahrt von gegen 90 Ellen Höhe in senkrechter Richtung vorhanden ist, während meines Wissens eine solche nicht über 12 Ellen hoch sein soll.

Nach dem Fundgruben Unglücke hieß es allgemein, es sollten von Regierungswegen bessere Sicherheitsmaßregeln getroffen werden, es sollten z. B. Schachibefahrungen resp. Untersuchungen von einem Steiger und zwei erfahrenen Grubenzimmerlingen ausgeführt werden, über eine solche Befahrung sollten Protokolle geführt werden u. s. Hatte diese Nachricht Grund oder nicht, glaubhaft schien sie, aber ob die Ausführung folgt, das hat kein Arbeiter zu fragen, und thut er es einmal, so ist er ein Wähler, wird fortgejagt und womöglich für sein weiteres Nichtfortkommen gesorgt.

Es mag mitunter einmal vorkommen, daß ein Arbeiter durch die Schuld eines Andern sein Leben einbüßt, dafür wird er alsdann sicher bestraft; wer kann aber nachweisen, daß auch einmal Vorgesetzte, durch deren Schuld mehrere Hunderte von Arbeitern ums Leben kamen, zur gerechten Bestrafung gezwungen wurden? Die Ordnungstrafen, die den Arbeitern wegen Tabakrauchens auf Werkplätzen und in Gruben auferlegt wurden, haben schon Tausende von Thalern in die Kassen geliefert, die eigentlich den Arbeitern gehören sollten. Man sagt, das Tabakrauchen sei den Arbeitern schädlich, und bereichert sich durch die darauf gesetzten Strafen, wer kann dagegen nachweisen, daß eine Grubenverwaltung, die durch unregelmäßiges Abräumen der Höhle und schlechte Wetterführung Grubenbrände verursacht und dadurch der Gesundheit der Arbeiter so sehr schadet, daß dieselben 5 Jahre früher zur Arbeit untauglich werden, auch einmal einen Thaler Strafe für ihre Nachlässigkeit bezahlt hätten. Doch Grubenverwaltung ist ja ein anderes Ding, als eine Herde halbtodt gequälter Arbeiter!

Leipzig, 19. September. Die Versammlung des sozial-demokratischen Arbeitervereins am letzten Donnerstag war sehr zahlreich besucht und — was man hier bei Vereinsversammlungen nicht gewohnt ist — polizeilich überwacht. Auf der Tagesordnung stand ein Bericht Liebknecht's über den Baseler Kongreß. Vor Erstattung desselben beschloß man, den Beschluß des Baseler Kongresses: das Amt eines ständigen Vorsitzenden abzuwählen, zu akzeptiren und für jede Vereinsstiftung einen besonderen Vorsitzenden zu wählen. Liebknecht's Bericht über den Baseler Kongreß war sehr ausführlich und erfreute sich der allgemeinsten Zustimmung. Er hatte es sich namentlich zur Aufgabe gemacht, die sozial politischen Zustände der auf dem Kongreß vertretenen Länder zu schildern und fand in diesen Zuständen die Ursache, daß in manchen Fragen auf dem Kongreß die Rationalitäten so verschiedenartig Ansicht gewesen seien. Die Ausbreitung der Internationalen Arbeiterassoziation sei im erfreulichsten Wachstum begriffen, trotz der polizeilichen Chikanen, die man ihr vielfach und namentlich in Frankreich in den Weg stelle. — Nach Liebknecht berichtete Müdt über die von ihm in Reichenberg in Böhmen besuchte Volksversammlung; er wußte den guten Geist, den er unter den österreichischen Arbeitern gefunden, nicht genug zu rühmen. Hierauf wurde beschloßen, die Diskussion über den Baseler Kongreß am Donnerstag den 30. September zu beginnen, dahingegen die nächste Versammlung ausfallen zu lassen und an deren Statt Mittwoch, im Lokal des Arbeiter-Bildungsvereins, eine Parteiversammlung abzuhalten, in welcher die Urwahlen für den Ausschuß vorgenommen werden sollen. — Im Arbeiter-Bildungsverein erstattete Liebknecht am Sonnabend gleichfalls Bericht über den Baseler Kongreß und benutzte die Gelegenheit, um namentlich die Einwendungen der sogenannten bürgerlichen Demokratie gegen mehrere Beschlüsse des Baseler Kongresses (Erbrecht und Grundeigentumsfrage) zu widerlegen. —

Für auswärtige Parteigenossen, welche zur Messe oder sonst wie Leipzig besuchen, bemerken wir, daß der Arbeiter-Bildungsverein regelmäßig Mittwoch und Sonnabend Ritterstraße 43, der sozial-demokratische Arbeiterverein jeden Donnerstag in der Restauration von Göpe, Nikolaistraße, Versammlung hat.

Verichtigung: In meinem Bericht in Nr. 41 Seite 463 muß es heißen statt: — suchte er unsere Partei — „suchte Lübkert unsere Partei u. s. w.“ Bonhorst.

Für Braunschweig:

Sonnabend, 25. September, Abends 8 Uhr: Allgemeine Arbeiterversammlung im Deon.

Montag, 27. September, Abends 8 Uhr: Geschlossene Mitglieder-versammlung des sozial-demokratischen Arbeitervereins im Deon.

Im Auftrage Brade.

Die Mitglieder der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei in Wolfenbüttel

werden dringend gebeten, Sonnabend, 25. Sept. präcis 8 Uhr Abends im Lokale des Kaffeehauses zu erscheinen. Tagesordnung: Wichtige Beschlüsse und Erläuterung des Programms.